



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
4. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.10.2023	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:32 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU	Fraktionsvorsitzender	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Peter Petereit - SPD & FW	Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender	
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Fraktionsvorsitzender	
Thorsten Fürter - FDP	Fraktionsvorsitzender	
Dirk Groß - AfD	Fraktionsvorsitzender	
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Fraktionsvorsitzende	
Bernhard Simon - CDU		
Tim Stüttgen - Unabhängige Volt-PARTEI		
Tamina Vahlendieck - SPD & FW	Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	
Gregor Voht - SPD & FW		
Frank Zahn - SPD & FW		
Andreas Zander - CDU	Teilnahme öffentlicher Teil / bis 18.44 Uhr	
Lothar Möller - BfL (fraktionslos)		
Beiratsmitglieder		
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen	(Gast) Teilnahme bis TOP 4.2 / 18.03 Uhr	
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen	Teilnahme öffentlicher Teil / bis 18.44 Uhr	
Verwaltung		

Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Janika Köhler - Persönliche Referentin	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Ralf Kuszmierz - FBC FB 2	Teilnahme öffentlicher Teil / bis 18.44 Uhr
Beate Lege - Logistik, Statistik und Wahlen	Teilnahme bis TOP 4.2 / 17.57 Uhr
Beate Leu - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Simone Philipp - 1.110 Personal	Teilnahme bis TOP 7.2 / 18.34 Uhr
Dieter l'Orteye - Stabstelle Bilanzen	Teilnahme öffentlicher Teil / bis 18.44 Uhr
Protokollführung	
Antje Luck - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tim Landschof - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Dr. Jens Meier - Stadtwerke Lübeck GmbH/Stadtwerke Lübeck Holding GmbH	Teilnahme zu TOP 12.1
Entschuldigte Mitglieder	
Verwaltung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	entschuldigt
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2023	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereiches zentrale Verwaltungsdienste, Statistik und Wahlen	VO/2023/12617
3.2	Anfrage von AM Bernhard Simon (CDU): Aktivitäten der Verwaltung im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbeltquerung	VO/2021/10226
3.3	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neue Arbeitsformen in der Verwaltung	VO/2021/10520
3.3.1	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neue Arbeitsformen in der Verwaltung	
3.3.2	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Anfrage zu Homeoffice in der städtischen Verwaltung	VO/2023/12623
3.4	AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Klimaneutralität und Versorgungssicherheit bei den SWL	VO/2023/11975
3.5	Antwort auf die Anfrage des AM Rathcke zur Anwendung der Bonus-Malus-Regelung beim Parkhaus Falkenstraße	VO/2023/12528
3.6	AM Christopher Lötsch (CDU): Anfrage zum Thema Graffiti	VO/2023/12618
3.7	NEU: mündl. Mitteilung des Bürgermeisters betr. Bürgerbegehren Klimaentscheid	
3.8	NEU: mündl. Mitteilung des Bürgermeisters betr. aktuelle Situation Geflüchtete	
3.9	NEU: mündl. Anfrage von AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/ Die Grünen) betr. Heiligen-Geist-Hospital	
3.10	NEU: mündl. Anfrage von AM Kleyer (Bündnis 90 / Die Grünen) betr. Verkehrsversuch Fackenburger Allee	
4	Berichte	

4.1	Die Feste Fehmarnbeltquerung - Potentiale und Herausforderungen für die Hansestadt Lübeck	VO/2023/12567
4.2	Wohnungsmarktbericht 2022	VO/2023/12320
4.3	Bürgerschaftsauftrag zur Zukunft der Geh- und Radwege in Lübeck	VO/2023/12397
4.4	Sachstandsbericht zum Parkhaus Holstentor	VO/2023/12401
4.5	Zukunftskonzept untere Bauaufsicht Hansestadt Lübeck	VO/2023/12440
4.6	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde - Ergänzung Variante 6	VO/2023/12514
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde	VO/2022/11168
5.2	Projektfreigabe Geniner Straße zwischen Siemensstraße und Hinter den Kirschkatzen West	VO/2023/12432
5.3	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Hansestadt Lübeck	VO/2023/12439
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer Verpackungssteuer in Lübeck	VO/2023/12313
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen und Sachleistungen an die Fraktionen der Bürgerschaft	VO/2023/12314
6.3	BM Möller: Einführung einer Ehrenamtszuschale für die Freiwillige Feuerwehr	VO/2023/12366
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Entgeltgruppe 3 für städtische Reinigungskräfte	VO/2023/12592
7.2	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag Brandschutzertüchtigung Schrankhaus und Kammerhaus	VO/2023/12632
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
9.1	Neu: mündl. Anfrage von AM Möller betr. Entwicklung von Bauaktivitäten in der HL	
9.2	NEU: AM Schulte-Ostermann (Linke & GAL) betr. Tagesordnung des Hauptausschusses	

9.3	NEU: mündl. Anfrage von AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/ Die Grünen) betr. Sanierung der Stiftung HGH	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be- schlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.3.2/VO 12623	Anfrage AM Juleka Schulte-Ostermann betr. Homeoffice in der städt. Verwaltung
NEU TOP 3.6/VO 12618	Anfrage AM Christopher Lötsch betr. Graffiti
NEU TOP 7.2/VO 12632	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag Brandschutzertüchtigung Schrankhaus und Kammerhaus

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für die Behandlung des TOP 7.2 eine Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit gem. § 34 (4) GO SH erforderlich sei.

AM Zahn spricht sich gegen den Antrag von AM Dr. Flasbarth aus und begründet dies. Dazu spricht AM Dr. Flasbarth und erläutert seinen Antrag.

Der Vorsitzende lässt über die Erweiterung der Tagesordnung abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um TOP 7.2 bei 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bürgermeister um Vertagung des TOP 3.3 bis TOP 3.3.2 (Anfrage betr. neue Arbeitsformen in der Verwaltung) bittet, da die Antwort erst zur nächsten Sitzung vorgelegt werden könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.2 und 4.1 zusammen zu behandeln.

Der Vorsitzende beantragt, die Tagesordnungspunkte 4.3, 4.4., 4.5, 4.6 und 5.1 zu vertagen, da die Punkte im Bauausschuss noch nicht abschließend behandelt worden seien.

Der Hauptausschuss ist einstimmig mit diesem Vorgehen einverstanden.

Der Vorsitzende beantragt, den TOP 6.3 zu vertagen, bis das Ergebnis der Arbeitsgruppe vorliegt.

Der Hauptausschuss ist mit der Vertagung einstimmig einverstanden.

Auf Nachfrage von AM Schulte-Ostermann wird die Behandlung der TOP 2.2 und 11.2 vertagt, da die Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2023 noch nicht vorliegt.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, dass der Bürgermeister unter TOP 3 Mitteilungen zu folgenden Themen angekündigt habe:

- Aktuelle Situation Geflüchtete
- Bürgerbegehren Klimaentscheid

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der HA in seiner letzten Sitzung am 26.09.2023 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

- Die Erneuerung der Strominfrastruktur und der Digitalisierung der Stromabnahme mittels Chipkarte wird ausgeschrieben.
- Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Tierschutz Lübeck und Umgebung e.V. einen neuen Vertrag zur Unterbringung von Fundtieren abzuschließen und den bestehenden Vertrag aufzulösen.
- Der Bürgermeister wird ermächtigt, AutoCAD-Lizenzen für die Bereiche der Hansstadt Lübeck zu erwerben.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 GO SH ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist. Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Der Bürgermeister hat um die Teilnahme folgender Mitarbeitenden gebeten:

- Herrn Groth, Bereichsleitung 1.101 Bürgermeisterkanzlei
- Frau Köhler, Persönliche Referentin
- Frau Leu, Bereich 1.201 Haushalt & Steuerung (zu TOP 12.1)

Der Hauptausschuss ist einstimmig einverstanden.

Auf Nachfrage von AM Schulte-Ostermann informiert Herr Bürgermeister Lindenau, dass die Beantwortung des TOP 3.4 in nichtöffentlicher Sitzung erfolgt, weil hier Geschäftsgeheimnisse der Stadtwerke Lübeck Gruppe betroffen seien.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Der Hauptausschuss stellt damit die Tagesordnung einstimmig fest.

“
.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2023

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2023

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereiches zentrale Verwaltungsdienste, Statistik und Wahlen
Vorlage: VO/2023/12617**

Eine Nachfrage von AM Zander zum Hintergrund der Stellenausschreibung beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Anfrage von AM Bernhard Simon (CDU): Aktivitäten der Verwaltung im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbeltquerung
Vorlage: VO/2021/10226**

Nachfragen von AM Simon zu den Aktivitäten der HL in den Bereichen Wirtschaft und Entwicklung von Gewerbeflächen sowie Tourismus zur Nutzung der Potenziale aus der Festen Fehmarnbeltquerung beantworten Herr Bürgermeister Lindenau und Frau Senatorin Ha-

gen. Herr Lindenau geht auf die Rolle Lübecks als Oberzentrum im Rahmen des Regionalmanagements Hansebelt ein und kündigt in diesem Zusammenhang an, dass den Gremien eine Beschlussvorlage zur Ausrichtung der Fehmarnbeltdays 2025 entgegengebracht werde. Herr Lindenau berichtet weiter über die touristische Zusammenarbeit Lübecks mit der dänischen Stadt Koege und den Regionen Süddänemarks und über den Austausch der Wirtschaftsförderung mit der Region Süd Lolland. Frau Senatorin Hagen legt das geleistete fachliche Engagement der Verwaltung anhand der Themen Verkehrswende, Hafententwicklung, übergesetzlicher Lärm- und Erschütterungsschutz sowie Zusammenarbeit in der Metropolregion dar.

Eine Nachfrage von AM Simon zur Entwicklung eines zweiten Abschnitts des Gewerbegebiets Semiramis beantworten Frau Hagen und Herr Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neue Arbeitsformen in der Verwaltung
Vorlage: VO/2021/10520

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 3.3.1 Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neue Arbeitsformen in der Verwaltung

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 3.3.2 AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Anfrage zu Homeoffice in der städtischen Verwaltung
Vorlage: VO/2023/12623

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 3.4 AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Klimaneutralität und Versorgungssicherheit bei den SWL
Vorlage: VO/2023/11975

Die Behandlung dieses TOP erfolgt im nichtöffentlichen Teil unter TOP 12.1.

**zu 3.5 Antwort auf die Anfrage des AM Rathcke zur Anwendung der Bonus-Malus-Regelung beim Parkhaus Falkenstraße
Vorlage: VO/2023/12528**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 AM Christopher Lötsch (CDU): Anfrage zum Thema Graffiti
Vorlage: VO/2023/12618**

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.7 NEU: mündl. Mitteilung des Bürgermeisters betr. Bürgerbegehren Klimaentscheid

Herr Bürgermeister Lindenau informiert zum Sachstand und weiteren Verfahren des Bürgerbegehrens Klimaentscheid Lübeck und teilt mit, dass derzeit die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens durch die Kommunalaufsichtsbehörde geprüft würde und im Verlauf der 42. KW mit einem Bescheid der Kommunalaufsichtsbehörde zu rechnen sei. Ggf. würde eine Sondersitzung der Bürgerschaft zur Festlegung des Abstimmungstermins des Bürgerentscheids erforderlich werden. Unter Berücksichtigung der 3-Monatsfrist schlägt die Verwaltung als Abstimmungstag den 14.01.2024 vor. Herr Lindenau kündigt an, dass die Abläufe den Fraktionen frühzeitig zur Verfügung gestellt würden.

Eine Nachfrage von AM Fürter zu den zeitlichen Abläufen beantwortet Herr Lindenau.

Nachfragen von AM Dr. Flasbarth zum Anhörungsverfahren der Kommunalaufsichtsbehörde und zur Stellungnahme der Verwaltung beantworten Herr Groth und Herr Lindenau. Dazu sprechen AM Dr. Flasbarth, AM Fürter und AM Zahn.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.8 NEU: mündl. Mitteilung des Bürgermeisters betr. aktuelle Situation Geflüchtete

Herr Bürgermeister Lindenau informiert über die aktuelle Situation Geflüchteter und kündigt an, den Hauptausschuss fortlaufend über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Herr Lindenau berichtet über das gestrige Abstimmungsgespräch der Kommunen mit dem Sozial- und dem Innenministerium des Landes zur Organisation des Zustroms von Geflüchteten und informiert über folgende Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen: Es solle eine möglichst schnelle Aufstockung der Landeskapazitäten auf 10.000 Plätze erfolgen, die Frist zur Ankündigung der Verteilung Geflüchteter auf die Kreise und kreisfreien Städte ab Dezember wieder auf vier Wochen erhöht werden und Personen ohne Bleibeperspektive, die rückführbar sind, ab sofort nicht mehr auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt werden. Herr Lindenau teilt weiter mit, dass sich die HL vorzeitig auf den Fall vorbereite, dass trotz der mit dem Land abgestimmten Maßnahmen mehr Geflüchtete aufzunehmen seien. Im Weiteren spricht Herr Lindenau die Herausforderungen im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten an.

Nachfragen von AM Fürter zu den weiteren Maßnahmen, des Vorsitzenden zu den personellen Rahmenbedingungen, von AM Zander zur Anzahl der freien Kapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften, zur Entwicklung der Zuweisungen durch das Land, zur Personalsituation und zur Prüfung weiterer Unterkunftsmöglichkeiten und von AM Dr. Flasbarth zu den Optionen für zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten beantwortet Herr Lindenau. Herr Lindenau erklärt, dass evtl. ab mitte November die Koordinierungsstelle unter Leitung der Feuerwehr weitere Notfall-Maßnahmen zur Unterbringung durchführen muss. Momentan seien am Herrendamm noch 54 Plätze und in den weiteren Unterkünften lediglich einzelne Plätze frei. Personal sei in der Verwaltung ausreichend vorhanden.

Eine Frage von AM Schulte-Ostermann zur Unterstützung von Schulen und Einrichtungen durch ehrenamtliche Vormund:innen für minderjährige Geflüchtete beantworten Herr Lindenau und Frau Senatorin Frank. Zur Situation in den Schulen schlägt Frau Frank vor, die Schulräte zu gegebener Zeit um einen Bericht im Schul- und Sportausschuss zu bitten.

Eine Frage von AM Voht zu Geflüchteten ohne Bleibeperspektive beantwortet Herr Lindenau.

Auf Nachfrage von AM Zander bestätigt Herr Lindenau, dass der Hauptausschuss in dieser Angelegenheit fortlaufend über aktuelle Entwicklungen informiert werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<p>zu 3.9 NEU: mündl. Anfrage von AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/ Die Grünen) betr. Heiligen-Geist-Hospital</p>
--

Auf Nachfragen von AM Dr. Flasbarth informiert Frau Senatorin Hagen über den aktuellen Verfahrensstand und weist Versäumnis-Vorwürfe gegen die Verwaltung zurück. Frau Hagen betont, dass sich die Verwaltung für gute und verträgliche Lösungen einsetze.

Dazu sprechen AM Akyurt, die Kritik an dem Vorgehen der Verwaltung übt und AM Zahn, der die Ausführungen von AM Akyurt kritisiert.

Eine Frage von AM Zahn zum weiteren Vorgehen beantwortet Frau Hagen. Die Verwaltung bemühe sich, dass keine weiteren Auszüge aus der Einrichtung erfolgen müssen.

Dazu spricht AM Dr. Flasbarth, zitiert eine Aussage von Herrn Bürgermeister Lindenau aus der Sitzung der Bürgerschaft am 29.06.2023 und wirft Herrn Lindenau vor, dass seine Aussage nicht den Tatsachen entsprechen würde.

Der Vorsitzende bittet AM Dr. Flasbarth, Bewertungen zu unterlassen und zur Frage zu kommen.

AM Zahn fordert AM Dr. Flasbarth auf, derartige Behauptungen und selbstdarstellende Äußerungen zu unterlassen.
Dazu spricht der Vorsitzende.

AM Dr. Flasbarth fragt:

1. Hat dieser Verwaltungsakt zur Aufhebung des Brandschutzkonzepts von 2021 stattgefunden?
2. Ist das Brandschutzkonzept von 2021 immer noch genehmigt oder nicht?

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu.

AM Dr. Flasbarth fragt weiter:

3. Wie kann es sein, das die Bauordnung im Rahmen der Anhörung zur Nutzungsuntersagung sachfremde Mängel bzgl. Verkeimungsrisiken von Wasserleitungen angeführt habe?
4. Der Bürgermeister hat als Kosten für die Brandschutzsanierung am 29.06.23 10,6 Mio. Euro genannt. Wie kann es sein, dass Kosten für eine Brandschutzsanierung genannt werden, die rein sachlich mit einer Brandschutzsanierung nichts zu tun haben?
5. Wieviel von den 10,6 Mio. Euro sind jetzt schon ausgegeben worden?

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Fragen zu Ziffer 3 und 4 im Hauptausschuss bereits mehrfach beantwortet worden seien.

AM Petereit bittet darum, dass die Anfragen schriftlich eingereicht werden und begründet dies.

Dazu spricht der Vorsitzende.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Frage Nr. 5 zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu.

Eine weitere Frage von AM Dr. Flasbarth zur Anmeldung des Baubeginns für das aktuelle Brandschutzkonzept beantwortet Herr Lindenau mit Verweis auf eine bereits erfolgte schriftliche Beantwortung.

Anmerkung zum Protokoll: Siehe Beantwortung zu Frage Nr. 5 sowie Vorlage Nr. VO/2023/12467

Nachtrag zum Protokoll:

Antwort auf die Frage Nr. 1

Die in 03/2021 erteilte Genehmigung zum „Brandschutzkonzept HGH“ basiert fachlich auf dem Kenntnisstand des Brandschutzplaners, welcher bis zum Einreichen des Antrages am 30.06.2020 vorlag. Anschließend erfolgten vertiefte, weitergehende Untersuchungen zum Bestand und diese ergaben erweiterte Erkenntnisse insbesondere zu der sicherheitsrelevanten, bau- und anlagentechnischen Ist-Situation.

Aus diesem Grund ist die Planung der notwendigen Brandschutzmaßnahmen, hier ausschließlich als vorgezogenes „Zwischenprojekt Umsetzung Brandschutzkonzept“ vor der eigentlichen „Instandsetzungsmaßnahme für 40-jährigen APH-Betrieb im HGH“, zu aktualisieren und eine neue Genehmigung zu beantragen (siehe Ausführungen in „VO/2023/12467“, Zukunftsperspektiven, Anlage 1, Abschnitt 3.1 Unverzögliche Umsetzung BSK 2021, Seite 6-7).

Ein Verwaltungsakt zur Aufhebung des Brandschutzkonzeptes von 2021 erfolgt nicht.

Antwort auf die Frage Nr. 2:

Eine bestehende Baugenehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Erteilung ein Baubeginn aufgenommen und förmlich angezeigt wird (siehe auch LBO §73 „Geltungsdauer der Genehmigung“ sowie Ausführungen in „VO/2022/11730-01 Chronologische Abfolge im Fall Brandschutz HGH, Frage 1“ und in „VO/2023/12467“, Zukunftsperspektiven, Anlage 1, Abschnitt 3.1 Unverzögliche Umsetzung BSK 2021, Seite 7). Entsprechend ist die in 03/2021 erteilte Baugenehmigung weiterhin gültig. Die Begründungen für eine nicht mögliche Aufnahme der Arbeiten auf der Grundlage dieser Baugenehmigung innerhalb der Fristen nach LBO enthalten vorgenannte Vorlagen aus 2022 und 2023 in gleicher Weise.

Antwort auf die Frage Nr. 5:

Wie in „VO/2023/12467“, Zukunftsperspektiven, Anlage 1, Abschnitt 3.1 Unverzögliche Umsetzung BSK 2021, Seite 4“ beschrieben sind sowohl die mit dem vorgezogenen „Zwischenprojekt Umsetzung Brandschutzkonzept“ verbundenen Dienstleistungen (im wesentlichen Planerleistungen, grobe Abschätzung ca. EUR 2,1 Mio) als auch die erforderlichen Bauleistungen (grobe Abschätzung ca. EUR 8,5 Mio) gemäß Vergaberecht im Zuge eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zu beauftragen.

Das europaweite Vergabeverfahren für die Planungsleistungen befindet sich in der Umsetzung. Mittel sind entsprechend noch nicht abgeflossen. Einen groben Rahmenterminplan für die Maßnahme enthält „VO/2023/12467“, Zukunftsperspektiven, Anlage 1, Abschnitt 3.1, Seite 5“.

Erhebliche Relevanz besteht darin, dass das in 2019/2020 erstellte und in 03/2021 genehmigte Brandschutzkonzept, nach Fortführung der Planung bis 2023, inhaltlich mit dem heutigen Erkenntnisstand nicht vereinbar ist. Das „Zwischenprojekt Umsetzung Brandschutzkon-

zept“ erfordert eine grundhafte Überarbeitung des genehmigten Brandschutzkonzeptes sowie eine Aufnahme weitergehender, erforderlicher Instandsetzungen in das „Zwischenprojekt“, dies insbesondere in den erforderlichen Maßnahmen der technischen Gebäudeausstattung. Siehe hierzu auch u.A. die Ausführungen in „VO/2023/12467“, Zukunftsperspektiven, Anlage 1, Abschnitt 3.1 Unverzügliche Umsetzung BSK 2021, Seite 6-7“:

„Da die der Planung des Brandschutzfachplaners in 2019 zugrundeliegenden Ist-Zustände stark von der anschließend im weiteren Planungsprozess durch Architekt, TGA-Planer und Brandschutzfachplaner bis 03/2022 durchgeführten Bestandsaufnahme abweichen, muss die genehmigte Brandschutzplanung als unvollständig bewertet werden. Es ist zur Wiederherstellung des sicheren Gebäudebetriebes eine vollständige Planungsleistung in den unterschiedlichen Leistungsbildern nach HOAI (insbesondere Objektplanung, Technische Gebäudeausstattung, Tragwerksplanung) sowie mit den darüber hinaus erforderlichen Sonderfachplanenden (z. B. Brandschutzfachplaner:in, Schadstoffingenieurwesen) durchzuführen.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.10 NEU: mündl. Anfrage von AM Kleyer (Bündnis 90 / Die Grünen) betr. Verkehrsversuch Fackenburg Allee

Auf Nachfrage von AM Kleyer informiert Frau Senatorin Hagen mit Bezug auf die Berichterstattung in der Sitzung des letzten Hauptausschusses zum Stand der Evaluierung des Verkehrsversuchs Fackenburg Allee und teilt mit, dass bis Ende September die Gespräche mit den Gewerbetreibenden erfolgt seien, die in die Evaluierung mit einfließen sollen. Die Verwaltung werde sich bemühen, den Gremien einen schriftlichen Bericht noch in diesem Jahr entgegenzubringen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

zu 4.1	Die Feste Fehmarnbeltquerung - Potentiale und Herausforderungen für die Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2023/12567
---------------	---

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunkts erfolgte unter TOP 3.2.

zu 4.2	Wohnungsmarktbericht 2022 Vorlage: VO/2023/12320
---------------	---

Eine Frage von AM Schulte-Ostermann zu Steuerungsmöglichkeiten der Politik, um einer weiteren Anspannung des Wohnungsmarktes entgegenzuwirken, beantwortet Frau Senatorin Hagen mit Verweis auf den anstehenden Prozess zur Entwicklung einer Wohnungsmarktstrategie. Anfang Januar 2024 sei eine erste Gesprächsrunde avisiert, um solche Fragen zu erörtern.

AM Akyurt vertritt die Auffassung, dass es an einem Konzept für den preisgünstigen und sozialen Wohnraum in der HL fehle. Eine Nachfrage von AM Akyurt zur weiteren Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus beantwortet Frau Hagen.

AM Voht begrüßt den geplanten gemeinsamen Austausch mit der Wohnungswirtschaft und begründet dies.

Eine Frage von AM Fürter zum Verfahrensstand von Projekten auf Seite 25 des Berichts beantworten der Vorsitzende und Frau Hagen.

Auf Nachfrage von AM Schulte-Ostermann erläutert Frau Hagen die Möglichkeiten der Umwandlung von Gewerbe- in Wohnimmobilien und der Aufstockung von Wohnraum durch Geschosserhöhungen. Dazu spricht AM Zahn.

Auf Nachfragen von AM Dr. Flasbarth sagt Frau Hagen zu, den Sachstand des Projekts Howingsbrook bzgl. der Entlassung aus dem Landschaftsschutzgebiet schriftlich nachzureichen.

Nachtrag zum Protokoll:

Das Plangebiet „Howingsbrook“ liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Brodter Winkel“. Zur Umsetzung der geplanten Wohnbauentwicklung ist eine Entlassung der Plangebietsflächen aus dem Landschaftsschutzgebiet erforderlich. Hierzu ist ein Verfahren zur Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Brodter Winkel“ vom Februar 1992 durchzuführen. Das Verfahren wurde bisher nicht eingeleitet.

Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan erfolgte am 19.03.2018.

Als nächster Verfahrensschritt zur Aufstellung des Bebauungsplanes ist die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB vorgesehen. In dieser Beteiligung werden die TÖBs über die Planungsziele unterrichtet und zur Äußerung, auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, aufgefordert. Die eingegangenen Stellungnahmen, zzgl. der Stellungnahmen aus der noch anstehenden frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, werden nachfolgend ausgewertet.

In der Regel wird das Entlassungsverfahren aus dem LSG parallel zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB durchgeführt.

Frau Hagen berichtet weiter zum Sachstand der Entwicklung des Schlachthofgeländes.

Dazu spricht der Vorsitzende.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Bürgerschaftsauftrag zur Zukunft der Geh- und Radwege in Lübeck
Vorlage: VO/2023/12397**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.4 Sachstandsbericht zum Parkhaus Holstentor
Vorlage: VO/2023/12401**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.5 Zukunftskonzept untere Bauaufsicht Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12440**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.6 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde - Ergänzung Variante 6
Vorlage: VO/2023/12514**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde
Vorlage: VO/2022/11168**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.2 Projektfreigabe Geniner Straße zwischen Siemensstraße und Hinter den Kirschkatzen West Vorlage: VO/2023/12432
--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt das Projekt „Geniner Straße zwischen Siemensstraße und Hinter den Kirschkatzen West“ umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.3 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2023/12439

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

als Empfehlung an die Bürgerschaft	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer Verpackungssteuer in Lübeck
Vorlage: VO/2023/12313**

AM Dr. Flasbarth bittet, den letzten Satz des Antrags zu streichen und die im Antrag genannte Frist durch das Wort „unverzüglich“ zu ersetzen. Im Weiteren begründet AM Dr. Flasbarth den Antrag.

Herr L'Orteye weist darauf hin, dass entgegen der Aussagen von AM Dr. Flasbarth nach Kenntnis der Verwaltung die Rechtslage noch nicht abschließend geklärt sei und sich das Bundesverfassungsgericht noch mit der Thematik befassen werde.

AM Zahn fordert AM Dr. Flasbarth auf, vor dem Hintergrund der ungeklärten Rechtslage den Antrag zurückzuziehen.

Dazu sprechen der Vorsitzende, AM Dr. Flasbarth, der den Antrag aufrechterhalten möchte, AM Zander, der eine Vertagung des Antrags bis zur höchstrichterlichen Entscheidung vorschlägt und AM Fürter.

AM Dr. Flasbarth folgt dem Vorschlag von AM Zander und beantragt eine Vertagung des Überweisungsantrags, bis das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegt.

**Der Hauptausschuss ist einstimmig
mit der Vertagung einverstanden.**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen und Sachleistungen an die Fraktionen der Bürgerschaft
Vorlage: VO/2023/12314**

AM Siegenbrink beantragt eine Vertagung des Überweisungsantrags bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss ist einstimmig mit der Vertagung einverstanden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.3 BM Möller: Einführung einer Ehrenamtspauschale für die Freiwillige Feuerwehr
Vorlage: VO/2023/12366**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Entgeltgruppe 3 für städtische Reinigungskräfte
Vorlage: VO/2023/12592**

Frau Philipp erläutert die Systematik der Eingruppierung im öffentlichen Dienst. Sie macht deutlich, dass eine Aufgabenverlagerung nicht so einfach möglich wäre und sich zudem auf andere Berufsgruppen auswirken würde und dass die Personalsituation der HL im Bereich der Reinigung nicht mit der Stadt Kiel zu vergleichen sei. Frau Philipp informiert weiter, dass das GMHL für diese Berufsgruppe neue Maßnahmen zur Mitarbeitendenbindung und -gewinnung einführen werde.

Eine Nachfrage des Vorsitzenden zur Anzahl der betreffenden Mitarbeitenden beantwortet Frau Philipp.

AM Schulte-Ostermann erläutert ihren Antrag und vertritt die Auffassung, dass eine Höhergruppierung der Reinigungskräfte unverzichtbar sei.

Herr Bürgermeister Lindenau berichtet aus einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Kiel in dieser Angelegenheit, wonach Kiel aktuell die Maßnahme rechtlich prüfen lasse. Herr Lindenau erinnert zudem an die von der HL angestrebte Klärung des Sachverhalts über das laufende Einigungsstellenverfahren beim Arbeitsgericht. Im Weiteren weist Herr Lindenau darauf hin, dass es klare Verfahren für die Beschreibung und Bewertung von Planstellen gebe und er warnt davor, durch politischen Beschluss in tarifrechtliche Vorgaben einzugreifen.

An der weiteren Erörterung der Thematik beteiligen sich AM Voht, mehrfach AM Schulte-Ostermann, der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Lindenau und Frau Senatorin Hagen. Frau Hagen informiert über die geplanten Maßnahmen des GMHL, die darauf ausgerichtet seien, im bestehenden Arbeitsverhältnis eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und eine Attraktivierung der Tätigkeit zu erreichen. Im Weiteren geht Frau Hagen auf die bestehende Eingruppierung der Reinigungskräfte ein und weist darauf hin, dass es bereits Eingruppierungen in die Entgeltgruppe 2 und die Entgeltgruppe 3 gebe und dass Mitarbeitende zum Teil auf die Ausübung einfacher Tätigkeiten angewiesen seien.

AM Schulte-Ostermann bittet um eine Anpassung des Antrags in den folgenden Prüfauftrag: „Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie die Aufgaben der städtischen Reinigungskräfte der EG 1 und EG 2 so verändert werden können, dass eine Höhergruppierung in die EG 3 erfolgen kann, sofern diese nicht bereits in der EG 3 eingestuft sind.“

AM Petereit und AM Zander sprechen sich gegen den Antrag aus und begründen dies damit, dass die Politik nicht in das Tarifrecht eingreifen sollte.

AM Dr. Flasbarth spricht sich für den Antrag aus und sieht hier keinen Eingriff in das Tarifrecht.

Herr Lindenau weist darauf hin, dass allen Mitarbeitenden der HL die Möglichkeit offen stehe, sich weiter zu qualifizieren und sich auf neue Aufgaben zu bewerben.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.2 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag Brandschutzertüchtigung Schrankhaus und Kammerhaus
Vorlage: VO/2023/12632**

AM Dr. Flasbarth möchte seinen Antrag wie folgt anpassen:
 „In Ergänzung und gemeinsam mit Punkt 3 des Beschlusses VO/2023/1266-01 wird der Bürgermeister beauftragt, dem Hauptausschuss bis zur nächsten Sitzung eine Auflistung...“ Im Weiteren begründet AM Dr. Flasbarth seinen Antrag.

AM Akyurt schließt sich dem Antrag an und begründet dies.

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass der Hauptausschuss nicht berechtigt sei, einen Beschluss der Bürgerschaft zu ergänzen bzw. verändern.
 Dazu sprechen AM Dr. Flasbarth und erneut Herr Lindenau.

AM Dr. Flasbarth ändert daraufhin seinen Antrag in folgende Formulierung: Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuss bis zur nächsten Sitzung eine Auflistung...“

Dazu spricht der Vorsitzende und lässt über den geänderten Antrag abstimmen:

Beschluss:

In Ergänzung zu Punkt 3 des Beschlusses (VO/2023/12266-01) wird der Bürgermeister beauftragt, der Bürgerschaft Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuss bis zur nächsten Sitzung eine Auflistung der notwendigen Maßnahmen und grobe Abschätzung des dafür notwendigen Aufwands vorzulegen, um das Schrankhaus und Kammerhaus im HGH weiterhin als SeniorInneneinrichtung nutzen zu können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	6
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 Neu: mündl. Anfrage von AM Möller betr. Entwicklung von Bauaktivitäten in der HL

Eine Frage von AM Möller, ob vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung zu den Aktivitäten der Bauträger ein Rückgang von Bauaktivitäten zu den Vorjahren erkennbar sei,

beantwortet Frau Senatorin Hagen und führt als aktuelle Herausforderungen die Entwicklung der Grundstückspreise, die Baukostensteigerungen und die energetische Sanierung des Wohnungsbestands an. Aufgrund der vorteilhaften Förderkulisse sei der soziale Wohnungsbau hiervon weniger betroffen. Insgesamt liege der Schwerpunkt derzeit aber auf der Sanierung des Bestands im Hinblick auf aktuelle energetische Standards.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 9.2 NEU: AM Schulte-Ostermann (Linke & GAL) betr. Tagesordnung des Hauptausschusses

AM Schulte-Ostermann bittet die Verwaltung, für die Ladung des Hauptausschusses nur die Tagesordnungspunkte zu berücksichtigen, für die alle Unterlagen zum Zeitpunkt der Ladung bereits vorliegen.

Dazu sprechen AM Fürter, der sich für das bisherige Vorgehen ausspricht und der Vorsitzende, der vorschlägt, die Thematik zunächst weiter zu beobachten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 9.3 NEU: mündl. Anfrage von AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/ Die Grünen) betr. Sanierung der Stiftung HGH

AM Dr. Flasbarth fragt nach dem Sachstand des Berichts über die Sanierungsmöglichkeiten der von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten Stiftung HGH.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt unter Bezugnahme auf die bisherige Berichterstattung im Hauptausschuss mit, dass der Bericht erst dann den Gremien entgegengebracht werden könne, wenn die gutachterliche Stellungnahme vorliegt, was noch nicht der Fall sei. Herr Lindenau führt weiter aus, dass der Gutachter sicherlich noch etwas Zeit benötigen werde.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18.44 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18.45 Uhr von dem Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil zwei Berichte behandelt worden seien.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzenden bei den Anwesenden und schließt um 19.32 Uhr die Sitzung des Hauptausschusses.

Lübeck, den 27. November 2023

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Antje Luck
Protokollführung